

FREIBERUFLER-TICKER vom 3. April 2020

1. Bundesrat billigt Corona-Rettungspaket

Zwei Tage nach dem Deutschen Bundestag billigte Ende vergangener Woche auch der Bundesrat in seiner Sondersitzung am 27. März 2020 das Corona-Krisenpaket ohne Aussprache. Damit können sämtliche darin enthaltenen Hilfsmaßnahmen schnellstmöglich umgesetzt werden, abgesichert durch einen Milliarden-Nachtragshaushalt zur Neuverschuldung. Zu den bereits im Bundesgesetzblatt Ende vergangener Woche veröffentlichten Maßnahmen gehören: das Gesetz für den erleichterten Zugang zu sozialer Sicherung und zum Einsatz und zur Absicherung sozialer Dienstleister aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2 ([Sozialschutz-Paket](#)), das [Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite](#), das Gesetz zum Ausgleich COVID-19 bedingter finanzieller Belastungen der Krankenhäuser und weiterer Gesundheitseinrichtungen ([COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz](#)), die Verordnung über Erleichterungen der Kurzarbeit ([Kurzarbeitergeldverordnung – KugV](#)).

2. Bundeswirtschaftsminister rechnet mit tiefen Einschnitten

Peter Altmaier MdB (CDU), Bundesminister für Wirtschaft und Energie, [äußerte](#) sich am 2. April 2020 zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie. Im Mai rechnet der Bundesminister damit, dass wahrscheinlich der Höhepunkt der Einschnitte erreicht sein wird. Er geht davon aus, dass in einzelnen Monaten im ersten Halbjahr das Wirtschaftswachstum um mehr als acht Prozent einbrechen kann. Er habe aber die begründete Hoffnung, dass sich das Geschehen im Laufe des Jahres wieder normalisieren wird. Die Einschnitte werden aller Voraussicht nach im Gesamtjahr mindestens so stark wie bei der Finanzkrise 2009 sein. Damals ist die Wirtschaft in einem Jahr um gut fünf Prozent geschrumpft. Der Bundesminister geht davon aus, dass diese Zahl nicht nur erreicht, sondern auch überschritten werden kann. Mit der Frühjahrsprojektion am 29. April 2020 wird eine umfassende Projektion der Bundesregierung vorgestellt.

3. Sondergutachten des SVR „Die gesamtwirtschaftliche Lage angesichts der Corona-Pandemie“

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) veröffentlichte am 30. März 2020 sein [Sondergutachten „Die gesamtwirtschaftliche Lage angesichts der Corona-Pandemie“](#) auch mit konkreten Aussagen zu [den Freien Berufen](#). Das Gutachten entwickelt drei Szenarien für die wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 2020 und 2021, die auf unterschiedlichen Annahmen über Ausmaß und Dauer der Beeinträchtigungen durch das Virus sowie über die darauffolgende Erholung basieren. Im Basisszenario rechnet der SVR mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,8 Prozent für 2020, für 2021 wird ein Wachstum von 3,7 Prozent prognostiziert. Im zweiten, sogenannten Risikoszenario, wird mit einem größeren Rückgang des BIP 2020 von 5,4 Prozent gerechnet, 2021 würde das BIP um 4,9 Prozent wachsen. Im dritten Szenario, wenn die Maßnahmen zur Eindämmung von Corona über den Sommer hinausdauern sollten, kommt ein Rückgang des BIP im aktuellen Jahr von 4,5 Prozent zustande. 2021 würde dann das BIP lediglich um ein Prozent wachsen. Zudem wird im zweiten Kapitel mit dem Namen „Wirtschaftspolitische Maßnahmen“ Bezug zu Selbstständigen und [Freiberuflern](#) genommen. Richtigerweise wird darauf eingegangen, dass die Pandemie sich heterogen auf die Freiberufler auswirken wird. Im Unterkapitel „Direkte Zuschüsse“ wird auf den Staatsfonds des Landes Bayern zur Unterstützung von Selbstständigen und Kleinst- und Kleinunternehmen sowie auf den Nothilfefonds durch das Bundesministerium der Finanzen hingewiesen. Obwohl diese Maßnahmen eine direkte Mittelzuwendung für kleine

Unternehmen darstellen, empfiehlt der SVR für eine nachhaltige Gesundung der kleinen Unternehmen zusätzlich auch nicht rückzahlungspflichtige Hilfen.

4. Zahl der Kurzarbeitsanzeigen vervielfacht sich

Die Anzeigen auf Kurzarbeit, die bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) aufgrund der aktuellen Lage eingehen, stiegen seit Beginn der Ausgangsbeschränkungen auf ein neues Höchstniveau. Am 31. März 2020 [veröffentlichte](#) die BA gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine erste Auswertung für den März. Demnach sind im März bundesweit rund 470.000 Anzeigen auf Kurzarbeit bei der BA eingegangen. Zum Vergleich: 2019 zeigten durchschnittlich etwa 1.300 Betriebe pro Monat Kurzarbeit an. Im Februar 2020 lag die Zahl der Kurzarbeitsanzeigen noch bei 1.900. Die Nachfrage ist laut BA in allen Bundesländern hoch. Die Anzeigen kommen aus nahezu allen Branchen, anders als in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009, als vor allem das verarbeitende Gewerbe betroffen war. Branchenschwerpunkte sind unter anderem der Handel und das Hotel- und Gaststättengewerbe. Die oben genannten 470.000 Anzeigen basieren auf einer Sonderauswertung der BA.

5. KfW: Große Nachfrage nach Corona-Hilfskrediten

Das Sonderprogramm der staatlichen Förderbank KfW zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie stößt bei Unternehmen auf gewaltiges [Interesse](#). In den ersten Wochen seit Start des Sonderprogramms nahm die KfW 2.432 Anträge im Gesamtvolumen von 9,8 Milliarden Euro (Stand 1. April 2020) entgegen. Die KfW rechnet mit weiter stark steigenden Zahlen. Die Kredite sind Teil des Corona-Schutzschildes der Bundesregierung, die darüber am 2. April 2020 informierte.

6. VBG erleichtert Beitragszahlungen

Die Mehrheit der Berufsgenossenschaften bietet ihren Mitgliedsunternehmen, die sich aufgrund der Corona-Pandemie derzeit in wirtschaftlicher Not befinden, Stundungen beziehungsweise auch Ratenzahlung von Beiträgen oder Vorschüssen (siehe dazu § 76 Abs. 2 Nr. 1 SGB IV) an. Dazu gehört auch die Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG), die für einen Teil der Freien Berufe zuständig ist. Im Falle einer erheblichen Härte, also wenn ein Unternehmen aufgrund ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse, die nicht von ihm zu vertreten sind, vorübergehend in Zahlungsschwierigkeiten geraten ist oder im Fall der sofortigen Einziehung in diese geraten würde, ist eine Antragstellung unter www.vbg.de zu empfehlen.

7. apoBank unterstützt bei Liquiditätsbedarf

Die Deutsche Apotheker- und Ärztebank (apoBank) hilft niedergelassenen Heilberuflern in der Corona-Krise. Weiterführende [Informationen](#) sind auf der Website eingebunden.

8. Kostenlose DIN-Normen

Das Deutsche Institut für Normung (DIN) stellt derzeit kostenlos Normen für medizinische Ausrüstung im Kampf gegen COVID-19 zur Verfügung. So soll dringend benötigte Schutzausrüstung wie Schutzmasken, Handschuhe, Kittel et cetera kurzfristig sicher und qualitativ hochwertig hergestellt werden. Die komplette Liste aller kostenlosen Normen ist hier veröffentlicht: www.din.de.

9. Bericht der Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“

Die Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ übergab Ende vergangener Woche ihren Abschlussbericht an Hubertus Heil MdB (SPD), Bundesminister für Arbeit und Soziales, und Prof. Dr. Helge Braun MdB (CDU), Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben. Die Kommission befasste sich seit Juni 2018 mit den Herausforderungen der nachhaltigen Sicherung und Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung und der beiden weiteren Säulen der Alterssicherung ab 2025. Das von der Bunderegierung eingesetzte Gremium bestand aus Vertretern der Regierungskoalition, der Wissenschaft und der Sozialpartner. An der aktuellen Rentenformel, die im Zuge der demografischen Entwicklung zu einem sinkenden Rentenniveau führen wird, soll festgehalten und 2026 – rechtzeitig vor dem Auslaufen der aktuellen Altersgrenzanhebung auf 67 Jahre – über eine weitere Anhebung der Regelaltersgrenze entschieden werden. Wesentliche Ergebnisse des Berichts sind: gesetzlich verbindliche Haltelinien für Rentenniveau und Beitragssatz für jeweils sieben Jahre; gesetzlich perspektivische Haltelinien für jeweils 15 Jahre; neue sozialstaatliche Bezugsgrößen im Rentenversicherungsbericht; Einsetzung eines Alterssicherungsbeirats; keine Entscheidung über weitere Anhebung der Regelaltersgrenze nach 2030; Verbesserung von Präventions- und Rehabilitationsmaßnahmen; beschäftigungsfördernde Ausgestaltung von Altersteilzeitmodellen und eine Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge. Beide Bände des Kommissionsberichts sowie die Kurzfassung werden auf der Website der Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ veröffentlicht: www.verlaesslicher-generationenvertrag.de ([Kurzfassung des Berichts](#)).

10. Ausgewählte Ergebnisse des BIBB-Betriebspanels zur Qualifizierung und Kompetenzentwicklung

Wie das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) am 1. April 2020 [mitteilte](#), führt der steigende Bedarf an Arbeitskräften zu Engpässen in immer mehr Branchen. Dies ergibt sich aus der Auswertung der Erhebungswelle 2019 des BIBB-Betriebspanels zu Qualifizierung und Kompetenzentwicklung. Zudem sind in den letzten drei Jahren sowohl der Anteil der Unternehmen mit Stellenangeboten als auch der Anteil der Unternehmen mit unbesetzten Stellen gewachsen. Die Nichtbesetzungsquote erhöhte sich in den letzten drei Jahren von 17 auf 22 Prozent, wobei die Stellen für Fachkräfte mit qualifizierten Tätigkeiten am stärksten betroffen sind. Besonders betroffen von Stellenbesetzungsproblemen sind Unternehmen in der Bauwirtschaft, im medizinischen Bereich und in der Pflege. Als Antwort auf die Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung setzen die Unternehmen auf betriebliche Qualifizierungsmaßnahmen. Die Unternehmen, die ihren Beschäftigten entweder Weiterbildungsmaßnahmen anbieten oder ausbilden, haben geringere Probleme bei der Stellenbesetzung als solche ohne Qualifizierungsmaßnahmen.

11. Neuer Höchststand bei Studierenden ohne Abitur

Die Nachfrage nach einem Studium ohne Abitur steigt seit Jahren konstant an. 2018 lag die Zahl der Studierenden ohne allgemeine Hochschul- und Fachhochschulreife in Deutschland auf dem bisherigen Höchstwert von rund 62.000. Das entspricht im Vergleich zu 2013 einem Plus von 35 Prozent und einem aktuellen Gesamtanteil an allen Studierenden in Deutschland von 2,2 Prozent. Studieninteressierte können überall in Deutschland ein fehlendes Abiturzeugnis durch Berufserfahrung kompensieren. Darunter befinden sich viele beruflich hoch qualifizierte Personen, die etwa bereits einen Meistertitel erworben haben. Zu diesem Ergebnis kommen [Berechnungen](#) des CHE Centrums für Hochschulentwicklung, die am 31. März 2020 vorgestellt wurden. Die meisten Erstsemester ohne allgemeine Hochschul- und Fachhochschulreife

schreiben sich anteilig in Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Hessen ein. Rekordwerte gab es 2018 auch bei den Studienanfängern ohne Abitur.

12. Schüler wollen mehr Digitalisierung

Das geht aus einer Umfrage hervor, die der Digitalverband Bitkom Ende vergangener Woche [veröffentlichte](#). Demnach sehen acht von zehn Schülern in der Digitalisierung eine Chance für die Schulen. Lediglich jeder Achte betrachtet sie als ein Risiko. Investitionen in digitale Technologien und deren Anwendung haben für die Schüler oberste Priorität – und sind sogar noch wichtiger als andere drängende Herausforderungen. So ist für 59 Prozent der fehlende Einsatz digitaler Medien das dringlichste Problem an ihrer Schule. Auch eine schlechte technische Ausstattung wird von 56 Prozent beklagt. Erst danach kommen andere Probleme wie Unterrichtsausfall mit 42 Prozent, überfüllte Klassen mit 38 Prozent und baufällige Schulgebäude mit 18 Prozent. Auch die Umgangsformen der Schüler untereinander (43 Prozent), veraltete Lehrinhalte (29 Prozent) und aus Sicht der Schüler inkompetente Lehrer (22 Prozent) sind ein Thema.

13. Weniger EU-Neubürger

2018 erwarben rund 672.300 Personen die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats der Europäischen Union (EU), was einen Rückgang gegenüber 700.600 Personen 2017 sowie gegenüber 843.900 Personen 2016 darstellt. Von der Gesamtzahl der Personen, die 2018 Bürger eines EU-Mitgliedstaats wurden, waren 13 Prozent zuvor Bürger eines anderen EU-Mitgliedstaats. Bei der Mehrheit der Eingebürgerten handelte es sich hingegen um Bürger von Drittstaaten oder Staatenlose. Die höchsten Einbürgerungsquoten wurden 2018 in Schweden – 7,2 Einbürgerungen je 100 ansässige Ausländer –, Rumänien mit einem Wert von 5,6 und Portugal mit einem Wert von 5,1 registriert. Am anderen Ende der Skala stehen Estland und Tschechien mit je 0,4, Litauen und Dänemark mit 0,5. Für Deutschland wird ein Wert von rund 1,2 verzeichnet. Das [teilte](#) das statistische Amt der EU am 30. März 2020 mit.

14. Arbeitskosten in der EU

2019 lagen die durchschnittlichen Arbeitskosten pro Stunde in der gesamten Wirtschaft (ohne Landwirtschaft und öffentliche Verwaltung) in der Europäischen Union (EU) nach [Angaben](#) des statistischen Amts der EU vom 31. März 2020 schätzungsweise bei 27,7 Euro. Die niedrigsten Arbeitskosten pro Stunde wurden in Bulgarien mit sechs Euro, Rumänien mit 7,7 Euro und Litauen mit 9,4 Euro verzeichnet. Die höchsten gab es in Dänemark mit 44,7 Euro, Luxemburg mit 41,6 Euro und Belgien mit 40,5 Euro. In Deutschland waren es 35,6 Euro. In der Industrie lagen die Arbeitskosten pro Stunde bei 28,1 Euro, im Baugewerbe bei 24,8 Euro und im Dienstleistungssektor bei 27,5 Euro. In der hauptsächlich nicht-gewerblichen Wirtschaft (ohne öffentliche Verwaltung) lagen die Arbeitskosten pro Stunde in der EU bei 28,4 Euro.

15. EU-Verfahren gegen Deutschland

Die Europäische Kommission leitete vom 1. Januar 2017 bis 12. März 2020 insgesamt 76 Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein. Das erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/18056](#)) auf eine Kleine Anfrage, über die der Deutsche Bundestag Ende vergangener Woche informierte. Diese beziehen sich, so die Bundesregierung, auf Artikel 258 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Dazu kommen ein Verfahren, das Österreich gegen Deutschland eingeleitet hat, sowie zwei Einleitungen von Vertragsverletzungsverfahren nach Artikel 260.

16. EU-Kommission startet Konsultation zu den Klimazielen 2030

Die Europäische Kommission startete am 31. März 2020 eine [öffentliche Konsultation](#), in der sie um Beiträge dazu bittet, wie die Klimaziele für 2030 erhöht und die Treibhausgasemissionen weiter reduziert werden können. Die Konsultation läuft bis zum 23. Juni 2020. Als Teil des [Europäischen Grünen Deals](#) wird die EU-Kommission einen umfassenden Plan mitsamt einer Folgenabschätzung vorlegen, um das Klimaziel der Europäischen Union (EU) für 2030 auf mindestens minus 50 Prozent, gegebenenfalls auch bis zu minus 55 Prozent gegenüber dem Emissionsniveau von 1990 zu erhöhen. Sobald dazu eine Einigung vorliegt, wird die EU-Kommission vorschlagen, das neue Ziel in das kürzlich vorgelegte europäische [Klimagesetz](#) aufzunehmen. Das neue Ziel für 2030 wird auch in die Bewertung aller relevanten sektoralen Rechtsvorschriften einfließen, welche die EU-Kommission bis zum Sommer 2021 vornehmen wird. Dazu zählen beispielsweise auch die Vorschriften beispielsweise zu Energieeffizienz, erneuerbaren Energien und zum EU-Emissionshandelssystem. Die Überarbeitung des derzeitigen Ziels für 2030 bereitet den Weg in Richtung [Klimaneutralität](#) der EU bis 2050.

17. Personalie: Bundesregierung schlägt die Berufung in den Sachverständigenrat vor

Auf Vorschlag des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier MdB (CDU), [beschloss](#) das Bundeskabinett am 1. April 2020, dem Bundespräsidenten die Berufung der Professorinnen Dr. Monika Schnitzer und Dr. Veronika Grimm in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorzuschlagen. Schnitzer soll für die Amtsperiode bis zum 28. Februar 2025 und Grimm für die Amtsperiode bis zum 28. Februar 2022 berufen werden. Schnitzer ist Professorin für Komparative Wirtschaftsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München und forscht unter anderem im Bereich der internationalen Wettbewerbspolitik, der Transformationsökonomie sowie der Unternehmensfinanzierung und -kontrolle. Grimm ist Professorin für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftstheorie an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg; sie arbeitet unter anderem zu Energiemärkten, Verhaltensökonomie, sozialen Netzwerken, Auktionen und Marktdesign.

18. Personalie: Bareiß neuer Mittelstandsbeauftragter

Das Bundeskabinett [bestellte](#) am 1. April 2020 Thomas Bareiß MdB (CDU), der zudem Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Beauftragter der Bundesregierung für Tourismus ist, zum neuen Mittelstandsbeauftragten der Bundesregierung. Der Baden-Württemberger ist unter anderem Mitglied des Vorstandes des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Das BFB-Team meldet sich wegen der bevorstehenden Osterfeiertage bereits am 9. April 2020 mit einem vorgezogenen Ticker.